

Bern

Schon fordern die Bürgerlichen ASP II

Einen Tag nach dem Abschluss der Marathon-Spardebatte im Grosse Rat haben die bürgerlichen Fraktionen eine Motion nachgereicht. Damit wollen sie den Druck auf den Regierungsrat hoch halten.

Dölf Barben

«Wir wollen den Schwung aufrechterhalten», sagt Peter Brand, Chef der SVP-Grossratsfraktion, zur gestern eingebrachten Motion. Der Vorstoss stammt von den vier bürgerlichen Fraktionen SVP, FDP, BDP und EDU und trägt den Titel «Nachhaltige Sanierung der Finanzen». Behandelt wird er voraussichtlich im Januar. Wird er angenommen, was anzunehmen ist, wird niemandem eine Verschnaupause gegönnt.

Auch wenn der Staatshaushalt nach der fünftägigen Spardebatte, die am Mittwoch zu Ende ging, «ein insgesamt verbessertes Bild» abgebe, so sei er «noch lange nicht nachhaltig saniert», heisst es in der Begründung des Vorstosses. Insbesondere weise der Finanzplan in den Jahren 2015 bis 2017 weiterhin eine massive Schuldzunahme aus. Die Motionäre fordern deshalb:

- Die Rechnungen der Jahre 2015 bis 2018 müssen positiv abschliessen.
- Kein Anstieg der Schulden.
- Keine Steuererhöhungen.

Zudem verlangen die bürgerlichen Fraktionen, der Regierungsrat müsse dem Grosse Rat «baldmöglichst ein neues Massnahmenpaket mit echten Angebots- und Strukturveränderungen (ASP II) vorlegen». Peter Brand sagt, eigentlich werde nichts weiter gefordert als das, was der gesetzliche Rahmen bereits vorgebe. Allerdings bestehe auf bürgerlicher Seite der Eindruck, der rot-grüne Regierungsrat sei nicht besonders erpicht darauf, mit den Sparanstrengungen im gleichen Mass wie bisher fortzufahren.

Es folgt die schwierige Umsetzung

Rein rechnerisch hat die Spardebatte zu einem ausgeglichenen Budget 2014 geführt. Allerdings werden hinter manche Massnahmen bereits Fragezeichen gesetzt - so etwa bei der Vergrößerung der Volksschulklassen (siehe Text unten). Wie die Tabelle zeigt, hat der Grosse Rat in diesem Bereich Einsparungen ins Sparpaket eingebaut, die der Regierungsrat gar nicht vorgesehen hatte. Bis 2017 sollen sich die Einsparungen auf 11 Millionen Franken pro Jahr erhöhen.

Die Tabelle listet die Sparbeiträge auf, welche von den einzelnen Direktionen in den kommenden vier Budgetjahren zu leisten sind. Sie enthält weiter die Posten, die in der Debatte verändert wurden - farblich gekennzeichnet. Die Massnahmen, die der Grosse Rat verschärft oder hinzugefügt hat, sind grün (wie die Kürzungen bei den Pfarrerlöhnen), jene Massnahmen, die er gestrichen oder gemildert hat, sind rot markiert (wie bei den Spitex-Leistungen).

Schlussbilanz Sparpaket Angebots- und Strukturüberprüfung ASP

in Millionen Franken Die wichtigsten Entlastungsmassnahmen Budgetjahre	Antrag Regierungsrat				Beschluss Grosse Rat			
	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017
Staatshaushalt total	231.38	342.70	452.62	491.21	225.59	320.17	430.89	471.48
Übergreifende Bereiche	73.14	131.13	219.32	243.91	73.14	131.13	219.32	243.91
Reduktion Lohnerhöhungen Personal	32.14	50.13	84.32	108.91	32.14	50.13	84.32	108.91
Aufhebung der Berufskostenpauschale	41.00	41.00	41.00	41.00	41.00	41.00	41.00	41.00
Plafonierung des Fahrkostenabzugs			54.00	54.00			54.00	54.00
Abschreibungen nach neuem Rechnungsmodell		40.00	40.00	40.00		40.00	40.00	40.00
Justiz	5.00	5.00	5.00	5.00	5.00	5.00	5.00	5.00
Volkswirtschaftsdirektion VOL	0.94	1.52	2.00	2.00	1.89	2.47	2.95	2.95
Kürzungen bei Wohnbau- und Wirtschaftsförderung					0.95	0.95	0.95	0.95
Gesundheits- und Fürsorgedirektion GEF	94.50	108.00	108.10	108.20	85.32	86.02	86.42	86.52
Zusatzfinanzierungen im Spitalbereich	20.00	18.00	17.00	17.00	20.00	18.00	17.00	17.00
Psychiatrie: Stellenabbau	2.50	5.00	5.00	5.00	2.50	5.00	5.00	5.00
Psychiatrie: Einsparung bei nicht spitalbedürftigen Personen					6.57	6.57	6.57	6.57
Spitex: Keine Subventionen bei hauswirtsch. Leistungen	11.50	11.50	11.50	11.50	11.50	11.50	11.50	11.50
Spitex: Versorgungspflicht pflegerische Leistung	5.20	5.20	5.20	5.20	0.00	0.00	0.00	0.00
Spitex: Versorgungspflicht hauswirtschaftliche Leistung	2.50	2.50	2.50	2.50	1.25	1.25	1.25	1.25
Integrationszulagen	5.00	5.00	5.00	5.00	5.00	5.00	5.00	5.00
Koppelung Alimentenbevorschussung an Einkommen			3.20	3.20		3.20	3.20	3.20
Beiträge an Heime für erwachsene Behinderte	15.70	28.70	28.70	28.70	3.00	0.00	0.00	0.00
Senkung Kostenbeteiligung Langzeitpflege	8.80	8.80	8.80	8.80	8.80	8.80	8.80	8.80
Zusätzliche Senkung Kostenbeteiligung Langzeitpflege					3.40	3.40	3.40	3.40
Beschleunigte Umsetzung Sozialhilfegesetz							3.50	3.50
Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion JGK	36.00	51.00	51.00	51.00	27.33	39.00	40.00	41.00
Heime: Reduktion der Tarife für die Infrastrukturkosten	15.00	15.00	15.00	15.00	0.00	0.00	0.00	0.00
Kürzung Prämienverbilligungen	20.00	35.00	35.00	35.00	24.33	35.00	35.00	35.00
Kürzung bei den Pfarrerlöhnen					2.00	3.00	4.00	5.00
Polizei- und Militärdirektion POM	0.00	4.30	8.40	12.70	0.00	4.30	8.40	12.70
Finanzdirektion FIN	7.00	7.00	7.00	7.00	7.00	7.00	7.00	7.00
Erziehungsdirektion ERZ	11.95	29.20	45.75	54.35	16.45	39.70	55.75	65.35
Grössere Klassen in der Volksschule					4.50	11.00	11.00	11.00
Einsparungen beim BZ Pflege am Standort Thun	1.50	4.00	6.50	7.50	1.50	3.50	5.50	6.50
Einsparungen bei Berufsfachschulen	0.90	2.20	4.80	5.20	0.90	2.20	4.80	5.20
Einsparungen Lehrkräfte berufliche Grundbildung	2.50	5.50	5.50	5.50	2.50	5.50	5.50	5.50
Lehrwerkstätten Bern: Einsparung beim Mietzins							1.00	1.00
Quarta-Lösung			2.30	5.50			2.30	5.50
Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion BVE	2.85	5.55	6.05	7.05	9.45	5.55	6.05	7.05
Allgemeine Kürzung					3.30			
Einsparungen beim Liegenschaftsunterhalt					3.30			
Reorganisation und Abbau Unterhalt Strassen	2.30	3.50	4.00	5.00	2.30	3.50	4.00	5.00

■ Zusätzliche Einsparungen des Grossen Rates
■ Lockerungen des Grossen Rates

BUND-Grafik / Quelle: Daten: Finanzdirektion Kanton Bern

Dazu kommen die nicht angetasteten Massnahmen, die 5 oder mehr Millionen Franken «wert» sind. Insgesamt enthielt das Paket über 90 Massnahmen.

Die Tabelle bringt weiter zum Ausdruck, dass es sich bei den allergrössten Brocken nicht eigentlich um Sparmass-

nahmen handelt. Rund die Hälfte des Entlastungsvolumen wird allein in den übergreifenden Bereichen erzielt - durch geringere Lohnerhöhungen etwa oder durch Massnahmen, die für viele Bürger eine Steuererhöhung zur Folge haben. Ein grosses Fragezeichen steht nach wie-

vor hinter den 54 Millionen Franken, welche die Plafonierung des Fahrkostenabzugs ab 2016 bringen soll. Der Grosse Rat hat beschlossen, mit Rücksicht auf Autofahrer in den Randregionen sei primär dafür zu sorgen, dass es keine «Ausreisser nach oben» gebe.

«Im nächsten Jahr drohen sicherlich einige Nachkredite»

SP-Chef Roland Näf verteidigt das Nein der Linken zum Budget und kritisiert Finanzdirektorin Simon.

Interview: Marcello Odermatt

Herr Näf, die SP hat mit Grünen und EVP das Budget abgelehnt. Warum?
Der Grosse Rat spart bei psychisch Kranken, streicht Krankenkassenverbilligungen, baut bei der Berufsbildung ab: Das ist inakzeptabel. Umstritten waren 86 Millionen. Den grössten Teil hätten wir ja geschluckt, immerhin rund 200 Millionen. So aber stehen wir nicht dahinter.

Die SP übernimmt keine Verantwortung für den Kanton, obwohl drei SP-Politiker in der Regierung sind?
Ja, für diese 86 Millionen Sparmassnahmen übernehmen wir keine Verantwortung. Warum sollten wir? Mit uns wollten die Bürgerlichen keine Kompromisse eingehen. Wir hätten genauso gut der ganzen Debatte fernbleiben können. Es wäre gleich herausgekommen.

Das Sparpaket, von dem der grösste Teil diskussionslos passierte, stammt von der links-grünen Regierung.
Ja. Die Regierung stand mit dem Rücken zur Wand. 2010 hiess es vom Wirtschafts-

verband HIV, man müsse der Regierung Geld entziehen. Das haben die Bürgerlichen mit den Steuersenkungen getan. Die Regierung hätte zurücktreten oder das Sparpaket vorlegen können, das sich am Durchschnitt (ASP) orientiert.

Aber hätte die Regierung nicht ein Sparpaket vorlegen können, das eher links-grüne Akzente setzt?

Ja, das habe ich unseren Regierungsmitgliedern vorgeworfen. Sie hätten zwei Varianten vorlegen müssen, eine gemäss ASP, eine mit einer Steuererhöhung.

Dann besteht das einzige Rezept der SP darin, die Steuern zu erhöhen?

Wir haben ja rund 200 Millionen Sparvolumen mitgetragen. Für den Rest schlugen wir befristet eine kleine Steuererhöhung vor. Finanzdirektorin Beatrice Simon sagte selber an Anlässen, man hätte die Steuern besser nicht gesenkt.



Roland Näf.

Höhere Steuern treffen vorab den Mittelstand, den doch auch die SP vertreten will?

Der Mittelstand ist breit. Es gibt einen oberen Mittelstand, der über 100 000 Franken steuerba-

res Einkommen hat und von den Steuersenkungen profitiert. Der untere Mittelstand, der weniger als 6000 Franken pro Monat verdient, wird nun von den Sparmassnahmen massiv getroffen. Mit ASP wurde von unten nach oben verteilt. Dieses untere Drittel kommt mit ASP stärker an die Kasse, als wenn für eine befristete Zeit die Steuern erhöht worden wären.

Warum kritisierten Sie im Rat Finanzdirektorin Simon (BDP) für ihre Dauerpräsenz im Grosse Rat?

Die Regierung hat beschlossen, dass die zuständigen Direktoren ihre Bereiche vertreten, etwa Frau Egger den Bau- und Verkehrsbereich (BVE), Herr Pulver den Erziehungsbereich. Die Regierung hat aber auch beschlossen, dass die Finanzdirektorin präsent sein müsse. Da erwarte ich, dass sie Stellung nimmt. Doch sie äusserte sich weder zum Sozialbereich noch zu Bildung und BVE.

Frau Simon hat sich versteckt?

Das müssen Sie sie selber fragen. Auffällig ist, dass die Finanzdirektorin beim grössten finanziellen Geschäft der aktuellen Legislatur praktisch nur im Hintergrund präsent gewesen ist.

Ihre Regierungsrätin Barbara Egger indes dramatisierte stark, als sie quasi von nicht mehr geflickten Fenstern in Schulhäusern warnte.

Frau Egger hat nur aufgezeigt, was es bedeutet, wenn man ihr nur für den Budgetausgleich so viel Geld wegnimmt.

Der bernische Haushalt beträgt rund 10 Milliarden. Bisher wurden rund 230 Millionen gespart.

Wir reden nicht vom 10-Milliarden-Haushalt. Wir sprechen vom Budgetposten für den Gebäudeunterhalt. Und dort haben die Sparbeschlüsse der Bürgerlichen einschneidende Konsequenzen.

Was bedeutet dieses Sparpaket nun für die nächsten Jahre?

Es wird noch viel schlimmer. Die Bürgerlichen haben bereits eine Motion eingereicht. Sie verlangen, dass nun «richtig» gespart wird. Die Bürgerlichen sollten mal in eine psychiatrische Klinik gehen und fragen, ob die bereits beschlossenen Massnahmen nicht richtig seien.

Aber werden die Sparbeschlüsse nun auch wirklich umgesetzt?

Viele Sparbeschlüsse werden kaum umgesetzt. Psychisch kranke Leute können nicht auf die Strasse gestellt werden. Es gibt keine Heime für solche Patienten. Also werden sie sofort wieder eingeliefert. Und wie Klassen bei so vielen Widerständen in den Gemeinden vergrössert werden können, möchte ich erst noch sehen. Im nächsten Jahr drohen sicherlich einige Nachkredite.

Sparpaket: Stadtschulen sind kaum betroffen

In der Stadt Bern und in Köniz sind es bereits jetzt um die 20 Schüler pro Klasse.

Janina Gehrig

19,7 statt 19,2 Schüler sollen künftig eine Klasse bilden. Die Erhöhung der durchschnittlichen Schülerzahl pro Klasse hat der Grosse Rat im Rahmen des kantonalen Sparpakets beschlossen («Bund» vom Mittwoch). Wegen der Kürzungen könnten rund 120 Klassen geschlossen werden. Das bringt die Vertreter der Schulbehörden verschiedener Gemeinden aber nicht aus der Fassung. Sie reagieren ziemlich gelassen auf die Nachricht - oder hoffen auf Ausnahmebewilligungen.

Der Beschluss sei ein «klares Signal für die Schulen», sagt etwa Jörg Moor, stellvertretender Schulamtsleiter der Stadt Bern. Die Konsequenzen für die städtischen Schulen kann er aber noch nicht genau abschätzen. Aufgrund diverser Planungserklärungen «wird es aber Ausnahmen bei der Umsetzung dieser Sparmassnahme geben», sagt er. «Wir wissen deshalb noch nicht, welche Massnahmen wir in der Stadt überhaupt ergreifen müssen.» Die Klassenbestände kämen dem vorgegebenen Sparziel von 19,7 Schülern aber bereits jetzt sehr nahe. Schliesslich seien auch die Schülerzahlen steigend. Zu Schulschliessungen werde es in der Stadt Bern «auf keinen Fall» kommen. Laut Moor muss aber weiterhin die Möglichkeit bestehen, dass Kinder, die spezielle Förderung brauchen, in kleineren Klassen unterrichtet werden.

Bereits jetzt genug Schüler

Auch in der Gemeinde Köniz werde der Beschluss wohl «wenig ändern», wie Ueli Studer, SVP-Gemeinderat und Grossrat, sagt. «Wir haben bereits jetzt durchschnittlich leicht über zwanzig Kinder pro Klasse.» Dennoch gerieten ländliche Gemeinden mit der neuen Regelung wohl eher unter Druck, gibt er zu bedenken.

Studer, der als Grossrat den Antrag zur Erhöhung der Durchschnittsklassengrößen unterstützt hatte, hat aber «wirklich viel Verständnis dafür, dass der Beschluss für gewisse Gemeinden und Schulbehörden eine grosse Herausforderung werden kann». So habe er auch dafür gestimmt, dass die Massnahmen mit Augenmass umgesetzt würden. Studer appelliert an die Gemeinden, Modelle wie die Basisstufe oder Mehrjahrgangsklassen zu fördern.

Mit der Luftseilbahn zur Schule

Ebendies hat die Gemeinde Lauterbrunnen, die durchschnittlich 16 Schüler pro Klasse zählt, bereits getan. In Müren wurde die Basisstufe eingeführt sowie eine Klasse gebildet, in der Kinder vom 3. bis 6. Schuljahr unterrichtet werden. Der Grossratsbeschluss ist in Lauterbrunnen aber kaum umsetzbar. «Wenn wir die Schülerzahl auf 19,7 erhöhen müssten, müssten wir nebst Stechelberg auch den Schulstandort Müren schliessen, was für die kleinen Kinder einen unzumutbaren Fussweg mit Luftseilbahn, Postauto und Fussmarsch bedeuten würde», sagt Emil von Allmen, Bildungsvorsteher der Gemeinde und ehemaliger Berner SP-Grossrat. Dennoch ist er zuversichtlich. «Ich gehe davon aus, dass die Sache nicht so heiss gegessen wird, wie sie gekocht wurde.» Auch für Erziehungsdirektor Bernhard Pulver (Grüne) ist klar, dass der Beschluss mit Augenmass umgesetzt werden muss. «Ich werde jetzt mit dem Schulinspektorat nach einer sorgfältigen Lösung suchen, die für die Berner Volksschule tragbar ist», sagt er.

Schulversuch Grünes Licht

Die bernische Erziehungsdirektion kann ihren im August angekündigten Schulversuch zur Reduktion der Anzahl Lehrpersonen pro Klasse starten. Der Grosse Rat hat sich gestern hinter diese Idee gestellt. Hintergrund des Schulversuchs ist der Integrationsartikel im Volksschulgesetz. Da auch Schüler mit Problemen die Regelklasse besuchen können sollen, ist die Zahl der Lehrpersonen und Fachkräfte pro Klasse angestiegen. In einer Motion hatte der Langenthaler EVP-Grossrat Daniel Steiner-Brüttsch dagegen gefordert, dass auf der Kindergarten- und Primarstufe von maximal drei Lehrern pro Klasse ausgegangen wird und dass diese möglichst alle Fächer unterrichten. Vorbild des Berner Schulversuchs ist ein ähnlicher Versuch im Kanton Zürich. (sda)